

The word "KAWAII" is written in a bold, stylized, white font with black outlines. The letters are thick and blocky, with a playful, rounded feel. The 'K' and 'W' have distinctive shapes, and the 'I's are simple vertical bars. The entire text is set against a solid, vibrant orange background.

marktkritik 2023.02

Geld ist eine „Steuerentschrift“
Eine „kopernikanische Wende“ für die Geldtheorie
Verfasser: Hans Wiederhold

marktkritik 2023.02

© Hans Wiederhold, Berlin 2023
Alle Rechte vorbehalten

Geld ist eine „Steuergutschrift“

Eine „kopernikanische Wende“ für die Geldtheorie

Die Modern Monetary Theory (MMT) mischt seit Jahren die wirtschaftspolitische und wirtschaftswissenschaftliche Szene auf. Man kann sagen: nicht ohne Grund. Denn ihre Geldtheorie bringt wahrliche eine „kopernikanische Wende“ für die Geldtheorie, wie der hier zu würdigende Text von Dirk Ehnts eindrücklich zeigt.¹

Zum Charakter des Geldes

Die letzte relevante Debatte um den Charakter des Geldes liegt lange zurück. Um zu verstehen, wie umwälzend die Ideen der MMT sind, lohnt es, auf diese zurückzublicken. Schließlich prägt sie die Vorstellung vom Geld bis heute. Anlass des Streits war das sog. Peelsche Bank Gesetz von 1844. Auf der einen Seite stand dabei die sog. Currency School, die eine Quantitätstheorie des Geldes vertrat und damit so eine Art Vorläufer von Milton Friedman war. Die Gegenposition ist unter dem Namen „Banking School“ bekannt, weil nach ihrer Auffassung Basis des Geldes der kommerzielle Kredit ist. Mit Verabschiedung des „Bank Act“ setzten sich zunächst die Anhänger der Quantitätstheorie durch, aber die „Banking School“ und deren Auffassung, dass Papiergeld seine Grundlage im kommerziellen Kredit hat, sollte sich dauerhaft etablieren – nicht zuletzt, weil der „Bank Act“ negativen Folgen für die Wirtschaft brachte.

Von Knapp zur MMT

Peel's Bank Act erwies sich als Fehlentscheidung, woraus die Gegenposition gestärkt hervorging. Die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts waren von der Idee geprägt, dass Papiergeld als Kreditgeld verstanden werden muss. Auch Georg Friedrich Knapp, den nicht nur Keynes, sondern auch die MMT als geldtheoretische Autorität betrachtet, erwähnte die Theorie, „daß der Gebrauch des Papier-

geldes auf Kredit beruht“² als etablierte Vorstellung. Allerdings zeigt er wenig Interesse für die klassische Nationalökonomie und deren Fragestellungen: „Die Lehrstoffe der sogenannten theoretischen Wirtschaftslehre und alle Dogmatik und Scholastik, die daran hängt, gibt es für mich nicht.“³. Stattdessen ging es ihm um die „staatspolitische“ Seite des Geldes. Er beschrieb in seinem Buch, wie das Geld in allen entwickelten Staaten juristisch kodifiziert wird und sich Nationalbanken als staatliche Einrichtung durchsetzen. Aber anders als die MMT versäumt er dabei, eine Verbindung zum Steuersystem herzustellen. Sein Buch handelt davon, wie das Kreditsystem, die Banknoten und die Zentralbanken entstehen und geht nicht über die Vorstellung hinaus, dass Geld und Kredit eine kommerzielle Basis haben. Insofern widerspricht er auch nicht der Vorstellung, dass Geld und Kredit den kommerziellen Bedürfnissen folgen.

Erst dank MMT erkennen wir heute, dass es ohne Steuersystem kein Geld geben würde, weil Geld faktisch nur eine „Steuergutschrift“ ist, mit der die Bürger ihre „Steuerzahlungen und sonstigen Zahlungen an den Staat leisten“. (ebd., S. 16). Zugleich kann, nein muss diese „Steuergutschrift“ allgemein als Zirkulations- und Zahlungsmittel eingesetzt werden. Ohne die „Steuergutschrift“ könnten Unternehmen und Haushalte nicht wirtschaften: „die Steuerzahler*innen sind diejenigen, die abhängig sind von den Zahlungen des Staates.“ (ebd., S. 17) Deshalb ist klar: Papiergeld hat seine Basis nicht im Kredit (egal, ob kommerziell, öffentlich oder konsumtiv), sondern im Steuersystem. Allerdings gibt es eine Rückwirkung zum Kreditgeld: „Staatsanleihen sind verzinsliche Steuergutschriften.“ (ebd.) Darauf ist zurückzukommen.

Offen ist zunächst noch die Frage nach dem Umfang dieser „Steuergutschriften“. Beim Kreditgeld ist klar, dass mit den Warenmärkten ein

¹ Dirk Ehnts, Modern Monetary System, Wiesbaden 2022. Alle Seitenangaben, soweit nicht näher spezifiziert, beziehen sich auf dieses Buch.

² Georg Friedrich Knapp, Staatliche Theorie des Geldes, 2. Auflage, München/Leipzig 1918, S. V

³ zitiert nach Sonderheft des „Wirtschaftsdienst“, März 1922, S. 3

Mechanismus existiert, der die Zirkulations- und Zahlungsbedürfnisse bestimmt und entsprechend die Kredite und damit die Geldzirkulation expandieren und kontrahieren lassen, all das immer vor dem Hintergrund von Kreditwürdigkeit und Zukunftserwartungen.

Für die MMT sorgt der Staat durch das Verteilen von „Steuergraphien“ für diesen Ausgleichsprozess. „Der Markt reguliert sich nicht selbst...“ (ebd., S. 3) Deshalb muss der Staat ins Spiel kommen. Durch seine „Steuergraphien“ sorgt er für die nötige Nachfrage, wobei die Geldschöpfung nur durch die verfügbaren Ressourcen begrenzt wird. Würde der Staat es mit den „Steuergraphien“ übertreiben, würde die Geldschöpfung die Kapazitäten der Realwirtschaft überschreiten. Die Preise würden dann steigen, Inflation entstehen. Somit sind die Inflationsraten ein einfacher Indikator dafür, wie viele „Steuergraphien“ der Staat verteilen darf.

Hier zeigt sich ein weiterer Vorteil der MMT. Sie hat das Inflationsproblem in die Geldtheorie integriert, was eine Kredittheorie des Geldes nie leisten konnte. Selbst Keynes glaubte noch, dass Waren einen Preis haben, wenn sie auf den Markt kommen und es deshalb falsch ist, Preissteigerungen aus der Zirkulation begründen zu wollen. Dem unterlag die Vorstellung, dass Inflation aus Störungen der Produktion entstehen. Dank MMT wird es jetzt erklärlich, wie die Lohn-Preis-Spirale ihre Wirkung entfalten kann. Preise steigen, wenn der Staat zu viel „Steuergraphien“ im Umlauf bringt, so beispielsweise unangemessene Lohnerhöhungen ermöglicht oder übermäßige staatliche Investitionen tätigt. Was angemessen ist und was nicht, darüber bestimmen die Ressourcen und die Produktivität der Realwirtschaft.

Geldtheorie, Wirtschaftstheorie?

Die MMT ist keine Wirtschaftstheorie, schreibt Ehnts. „Da es sich bei der MMT ‚nur‘ um eine Geldtheorie handelt, ist sie nach allen Seiten anschlussfähig.“ (ebd. S. 11) Tatsächlich übt er sich hier in falscher Bescheidenheit. Wenn wir in einer „Geldwirtschaft“ (ebd. S. 33) leben, wie er schreibt, dann ist Geldtheorie die Basis aller Wirtschaftstheorie und Geldpolitik das Zentrum von Wirtschaftspolitik. „Die Wirtschaft ... ist *kein* sich selbst regulierendes System.“ (ebd., S. 32) „Der Markt

regelt sich nicht selbst...“, (ebd., S. 3) schrieb er gleich am Anfang. Ohne den Staat, der den Bürgern „Steuergraphien“ gibt, gäbe es kein Geld. Ohne Staat gäbe es keine Wirtschaft.

Steuergraphien

Mit der Idee vom Geld als „Geschöpf der Rechtsordnung“ beruft sich die MMT auf Knapp und spitzt das mit der Vorstellung vom Geld als „Steuergraphien“ noch zu. Ohne Staat kein Geld, erklärte uns schon Knapp. Ohne Steuern kein Geld, fügt die MMT hinzu. Nur weil der Staat die Märkte mit diesen Graphien versorgt, gibt es überhaupt Geld. Ohne Geld keine Märkte, denn wie sollten die Märkte ohne Geld in der Lage sein, Angebot und Nachfrage zum Ausgleich zu bringen. Wenn der Staat also einerseits seine „Steuergraphien“ erhöht (also Geldschöpfung betreibt) und andererseits durch seine Ausgaben die Nachfrage nach Gütern steigert, dann ergibt sich eine Win-win-Situation. Ohne Steuern gäbe es weder eine vermittelnde Instanz im Warenaustausch noch eine, die für hinreichende Nachfrage auf den Märkten sorgt und so Unterkonsumtion bekämpft.

Weil der Staat ein Monopol zur Geldschöpfung hat, bestimmt er das Ausmaß der Steuergraphien. So kann er die Warenmärkte regulieren und die Gewinne stabilisieren. Dazu muss er nicht selbst produzierend tätig werden. Er muss nur hinreichend „Steuergraphien“ verteilen, damit der Markt für die Produktion von Waren sorgt. Aber was passiert, wenn die „Steuergraphien“ nicht für dafür verwendet werden, die Produktion wie gewünscht zu steigern, also das Warenangebot nicht wächst? Der Staat ist selbst in der Warenproduktion nur marginal beteiligt, kann dem entsprechend wenig für ein größeres Warenangebot tun. Eine solche Situation lässt sich ausschließen, erklärt uns Ehnts, weil die Unternehmen bekanntlich Gewinne erzielen wollen.

Gewinne?

Ehnts schreibt: „für die Unternehmen ist Geld nur Mittel zum Zweck, nämlich der Erzielung von Gewinn“. (ebd., S. 34) Allerdings könnten sie das Geld auch für spekulative Investitionen verwenden, einfach in „Betongold“ anlegen, Bitcoins kaufen etc., wenn dort höhere Gewinne winken. Sind in den letzten Jahrzehnten die Finanz- und Immobilienblase nur deshalb entstanden, weil mangels

Massennachfrage sich keine Ausweitung der Produktion rentiert hat? Was passiert also, wenn mit der Geldschöpfung zwar zusätzliche staatliche Nachfrage erzeugt wird, aber keine entsprechende Steigerung der Produktion stattfindet? Was passiert, wenn die real gezahlten Steuern niedriger sind als das, was der Staat als Steuergutschrift eingeräumt hatte?

Ehnts ist sich sicher, dass durch die staatliche Nachfrage ein passendes Angebot entsteht, weil größere Nachfrage höheren Profit ermöglicht. „Da die Unternehmen üblicherweise mit jedem verkauften Stück einen Gewinn erzielen, werden sie ihre Produktion ausweiten, um höhere Gewinne erzielen zu können.“ (ebd., S. 38) Aber vielleicht bieten rein spekulative Anlagen noch höhere Gewinnchancen. Als reine Geldtheorie bietet die MMT hier (noch?) keine Antwort.

Kreditsystem, Zinsen, Staatschuld

Immerhin sieht Ehnts durchaus einen Zusammenhang zwischen den „Steuergutschriften“ des Staates, dem Kreditsystem sowie den Zinssätzen. Denn dass die Bürger ihre „Steuergutschriften“ nicht notwendigerweise zu vermehrtem Konsum verwenden werden und auch nicht unbedingt für zusätzliche Investitionen, das ist auch ihm klar. Die Leute können mit dem Geld auch bei den Banken staatliche Anleihen kaufen und so ihr Vermögen mehren. „Staatsanleihen sind verzinst Steuergutschriften.“ (ebd., S. 17) Allerdings sind dann aus den „Steuergutschriften“ wieder Staatsschulden geworden, denn „Staatsanleihen sind Schuldscheine des Staates“. (ebd.) Aus einem anderen Text des Verfassers wissen wir bereits, dass die Staatsschuld rein fiktiv ist. „Staatsschulden? Gibt es gar nicht!“⁴ Diesen Widerspruch wird Ehnts sicher noch klären können.

Politische Anschlussfähigkeit

„MMT ist kein wirtschaftliches Programm“, schreibt Ehnts. (ebd., S. 37), betont allerdings die „Orientierung am Gemeinwohl“ (ebd., S. 12) und spricht sich für einem „Green New Deal“ (ebd., S. 45). Er propagiert „Vollbeschäftigung“, wobei seine

Vorstellungen von „Jobgarantie“ und „Recht auf Arbeit“ (ebd., S. 20, S. 46) sich arg nach einer Verschmelzung von ABM-Programmen und Schröderscher Agenda-Politik anhöhen. „Stichwort: *Fördern und Fördern*“ (ebd., S. 20)

So sehr Ehnts die politische Anschlussfähigkeit betont hat, so dezidiert ist seine Abgrenzung gegen Steuerpolitik. „Theoretisch können auch Steuersätze verändert werden. Allerdings sind Steuererhöhungen für die gesamte Bevölkerung unpopulär und daher kein gutes makroökonomisches Instrument.“ (ebd., S. 39) Inflation und ein Zinssatz um Null sind auch unpopulär. „Allerdings werden höhere Steuern meist (zumindest teilweise auch zurecht) als Enteignung empfunden und die Menschen sind nicht damit einverstanden.“ (ebd., S. 46). Vergleicht man höhere Steuern und steigende Inflation für unterschiedliche Teile der Bevölkerung, dann zeigt sich: während höhere Steuern vor allem Besserverdienende betreffen, sind von der Inflation am härtesten die Niedrigverdiener gestraft.

Der apodiktische Satz, dass es keine Staatschuld gibt, klingt für Anhänger der MMT überzeugend. Gleiches gilt für die Idee, dass Staatsausgaben nach MMT-Modell nicht inflationär wirken müssen. Hier müsste Ehnts Skeptiker überzeugen. Der Parteivorsitzende einer Ampelpartei beklagte sich vor der Koalitionsbildung darüber, dass im Wahlkampf ein Mitbewerber den Vorschlag gemacht hatte, statt Staatsverschuldung besser staatliche Kreditaufnahme zu sagen. Das sei eine Beschönigung. Aber immerhin ist bei Kredit klar, dass es Schuldner und Gläubiger gibt. Wenige Monate später wurde Verschuldung für Rüstungsausgaben zu Sondervermögen. Wie immer gilt: die Schulden der einen sind die Vermögen der anderen. In diesem Sinne: warum soll man Staatsschuld nicht Steuergutschrift nennen?

⁴ Dirk Ehnts, Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/2021, S. 116)

<https://marktkritik.de>
<https://twitter.com/marktkritik>

**markt
kritik**